

Mit wem kooperieren Sie im Kampf gegen den Krieg?

»Rheinmetall entwaffnen«-Camp in Köln: Das Bündnis setzt auch auf Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, sagt Camille Dietrich

Interview: Gitta Düperthal

Das »Rheinmetall entwaffnen«-Camp startet am Dienstag, passend zum Antikriegstag, in Köln. Tausende Teilnehmende werden erwartet. Das Motto: »Kampf den Kriegstreibern - für unsere Zukunft!« Wer sind die Kriegstreiber?

Wir meinen damit alle, die Kriege mit ihrer Politik vorantreiben, sowie die patriarchalische, militaristische Stimmung der Bereitschaft dazu: Bundeskanzler Friedrich Merz, Verteidigungsminister Boris Pistorius, US-Politiker wie Donald Trump oder Elon Musk, Machtzirkel der NATO. Weiter gefasst auch die Epstein-Eliten, die solidarisches Miteinander und den Zusammenhalt in der Gesellschaft untergraben, indem sie Frauen angreifen. Sie alle bringen ein soldatisches Männlichkeitsideal voran, das auf autoritäre und antiemanzipatorische Impulse setzt. Diesen Kriegstreibern, die unsere Gesellschaft, zum Beispiel mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht, in eine rechtsnationale Richtung schieben wollen, sagen wir den Kampf an. Weiterhin gilt unser Protest auch dem Vorstandsvorsitzenden von Rheinmetall, Armin Papperger, der mit weltweiten Waffengeschäften Geld verdient.

Sie wollen durch Ihre Aktionen verhindern, dass in Köln Rüstungsproduktion und alltägliche Militarisierung »ruhig weiterlaufen«.

Die Bundesregierung wird weitermachen, was sie tut. Sie sind keine Freunde von uns und werden es nicht werden. Ihre Kriegstreiberei stößt in der Bevölkerung auf Kritik. Wir werden mit Gewerkschaften wie der IG Metall und Verdi zusammenarbeiten und Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die zunehmende Rüstungsproduktion und damit verbundene Sozialkürzungen organisieren. 2025 gab es Blockaden gegen den Motorenhersteller Deutz AG, der angekündigt hatte, seine Rüstungssparte auszuweiten, und gegen das Karrierecenter der Bundeswehr.

Welche weiteren Gruppen wollen Sie für den Antikriegskampf gewinnen?

Seit acht Jahren veranstalten wir das Camp. Viele Vereine und Initiativen engagieren sich mit uns gemeinsam gegen den Krieg. Wir freuen uns, wenn ältere Friedensbewegte sich uns anschließen. Wir können von ihren Erfahrungen lernen – und sie von dem, was wir ausprobieren. Wir wollen die

Generationen zusammenbringen, den Menschen Mut machen, und so unseren gemeinsamen antimilitaristischen Kampf stärken.

Was ist für das Camp geplant?

Wir wollen Internationalismus unter den Völkern und den jeweils linken Bewegungen dort voranbringen. Einer unserer Schwerpunkte ist die Befreiungsbewegung in Kurdistan: Wir thematisieren die gegen sie geplante Unterdrückung und wie gewalttätig gegen sie vorgegangen wird. Die Bundesregierung erkennt den Islamisten und Übergangspräsidenten in Syrien, Ahmed Al-Scharaa, an. Er ist nicht demokratisch gewählt, sondern hat sich an die Macht geputscht.

Die Regierung baut diese Beziehung auf, um Menschen dorthin abschieben zu können.

Genau. Zugleich kriminalisiert sie kurdische Aktivistinnen und Aktivisten, steckt sie in deutsche Gefängnisse oder schiebt sie in die Türkei ab. Sie fällt dieser Freiheitsbewegung, die auf Frauenrechte und Demokratie setzt, in den Rücken. Als diese die Bundesregierung aufforderte, die von ihr in Gefängnissen in Rojava bewachten deutschen IS-Kämpfer zurückzunehmen, hörte sie nicht darauf. Nach den Angriffen der islamistischen HTS-Kämpfer dort im Januar sind viele von ihnen auf freiem Fuß, stellen weltweit eine Gefahr dar. Wir sind realistisch: Die Regierung wird daran nichts ändern.

Welche weiteren Themen sind relevant?

Die Schulstreikenden gegen die Wehrpflicht werden im Camp von ihren Aktionen berichten. Wie ist damit umzugehen, wenn vom Bund Post zur Wehrerfassung kommt? Anknüpfend an unsere strategischen Debatten wird es politische Aktionen geben. Wir organisieren uns als Bündnis, diskutieren Utopien, bieten eine Küche für alle an, die offen zugänglich ist. Wir setzen also auf solidarischen Umgang miteinander.

Die Waffenlieferungen an die Ukraine kosten immens viel Geld. Bundeskanzler Friedrich Merz begrüßte kürzlich via Social Media mit dem nationalistischen Slogan »Slawa Ukraini«. Was hat das mit der Aufrüstung hier zu tun?

Niemand will Wladimir Putins Angriffspolitik unterstützen. Hinter dem Krieg stehen imperialistische Interessen Russlands einerseits und auf der anderen Seite die von den USA und Europa. Es geht nicht um Solidarität mit der Ukraine, sondern um die Durchsetzung eigener Interessen: um Bodenschätze und darum, die NATO an der sogenannten Ostflanke zu stärken. Die Bevölkerung in der Ukraine wird benutzt, um zugleich die Militarisierung der deutschen Gesellschaft zu rechtfertigen, also die BRD bis an die Zähne wieder zu bewaffnen und gleichzeitig Sozialleistungen abzubauen.

Camille Dietrich ist Sprecherin von »Rheinmetall entwaffnen«

<https://www.jungewelt.de/artikel/528835.rheinmetall-entwaffnen-mit-wem-kooperieren-sie-im-kampf-gegen-den-krieg.html>